

Der Vertragsbruch des Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst — Tatbestand und Rechtsfolgen

Von Ulf Berger-Delhey, Bonn

I. Der Tatbestand

Seine Arbeitspflicht¹ kann der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf vielfältige Art und Weise verletzen, sei es, daß er seine Arbeit verspätet aufnimmt bzw. überhaupt nicht beginnt, sei es, daß er sie nach — berechtigter — Unterbrechung verspätet oder überhaupt nicht mehr aufnimmt, sei es, daß er sie vorzeitig einstellt oder mit seiner Arbeitskraft zurückhält². Diese Fälle werden meistens unter dem Oberbegriff „Nichtleistung der Arbeit“ zusammengefaßt³, während von einem Arbeitsvertragsbruch allerdings nur gesprochen wird, wenn sich der Arbeitnehmer rechtswidrig und endgültig — einseitig — vom Arbeitsvertrag löst⁴. Ohne rechtfertigenden Grund handelt er insoweit freilich regelmäßig, wenn er seine Arbeit verspätet aufnimmt⁵, in der vereinbarten Zeit nicht leistet oder die begonnene Arbeitsleistung unterbricht, verläßt und nicht wieder aufnimmt⁶, d. h. in derartigen Fällen ist auch im öffentlichen Dienst grund-

sätzlich der Arbeitnehmer für alle ggfs. in Betracht zu ziehenden Rechtfertigungsgründe darlegungs- und beweispflichtig⁷. In vorwerfbarer Weise schuldhaft handelt der Arbeitnehmer dabei schließlich, wenn er seine Arbeit vorsätzlich oder fahrlässig nicht leistet (vgl. § 276 BGB⁸). Das Verschulden wird nach Maßgabe der §§ 282, 285 BGB vermutet, d. h. dem Arbeitnehmer obliegt es in solchen Fällen, sich zu entlasten, wobei insbesondere die in der Praxis des öffentlichen Dienstes häufige Einwendung, der Antritt einer anderen, besser bezahlten Stelle wäre möglich gewesen, keine rechtliche Relevanz zu entfalten vermag¹⁰. Auch soweit der Arbeitnehmer irrtümlich glaubt, zur Nichtleistung berechtigt zu sein, muß er sich einen solchen Rechtsirrtum dennoch als Verschulden anlasten lassen, wenn er auf die Aufklärung der Rechtslage nicht die im Verkehr übliche Sorgfalt aufwendete¹¹, woran im übrigen strenge Anforderungen gestellt werden¹².

II. Die Rechtsfolgen¹³

Grundsätzlich kann der öffentliche Arbeitgeber gegen einen vertragsbrüchigen Arbeitnehmer auf Erfüllung der Arbeitsleistung klagen¹⁴; freilich ist ein obsiegendes Urteil gemäß § 888 Abs. 2 ZPO¹⁵ in aller Regel nicht zu vollstrecken¹⁶. Den Erfüllungsanspruch (arbeits-)gerichtlich geltend zu machen, kann für den öffentlichen Arbeitgeber aber dennoch von Interesse sein, da ein diesbezüglicher Klageantrag nach Maßgabe des § 61 Abs. 2 ArbGG¹⁷ mit dem Antrag verbunden werden kann, den Arbeitnehmer für den Fall, daß er die Arbeit trotz bestehender arbeitsvertraglicher Verpflichtung nicht aufnimmt, zur Zahlung einer vom Arbeitsgericht nach freiem Ermessen festzusetzenden Entschädigung zu verurteilen¹⁸.

Auch im öffentlichen Dienst braucht der Arbeitgeber einem vertragsbrüchigen Arbeitnehmer kein Entgelt für nicht geleistete Arbeit zu zahlen (§§ 614, 320, 325, 323 BGB)¹⁹. Hat der öffentliche Arbeitgeber das volle Entgelt aber bereits gezahlt, kann er

den überzahlten Betrag nach den Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung zurückfordern (§§ 323, 628, 812 ff. BGB)²⁰. Macht der Arbeitnehmer Restlohnansprüche geltend, kann der öffentliche Arbeitgeber die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§ 320 BGB) erheben, ist dann allerdings dafür darlegungs- und beweispflichtig, wann der Arbeitnehmer nicht arbeitete²¹. An den Arbeitspapieren, also Zeugnis²², Urteils²³, Entlassungs²⁴ und Krankenkassenbescheinigung²⁵, Bescheinigung nach § 19 Abs. 2 BKKG²⁶, Versicherungs²⁷ und Lohnsteuerkarte²⁸ sowie etwaige, bei Einstellung übergebene Zeugnisse²⁹, steht dem öffentlichen Arbeitgeber dagegen kein Zurückbehaltungsrecht (§ 273 BGB) zu³⁰. Gibt er diese Arbeitspapiere trotzdem nicht oder verspätet heraus, macht er sich schadenersatzpflichtig (§ 286 BGB)³¹.

Ferner kann der öffentliche Arbeitgeber einen vertragsbrüchigen Arbeitnehmer auch nach Maßgabe der §§ 54 Abs. 2 BAT³², 59 Abs. 2 MTB II³³, 59 Abs. 2 MTL II³⁴ und

53 Abs. 2 BMT-G II³⁵ binnen einer Frist von zwei Wochen außerordentlich kündigen³⁶, wenn ihm die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unzumutbar ist, und außerdem „Ersatz(e) des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens“ verlangen (§ 682 Abs. 2 BGB). Je nach den Umständen des Einzelfalls kann allerdings eine vorherige Abmahnung, sei es auch mit kurzer Fristsetzung, erforderlich sein³⁷. § 628 Abs. 2 BGB ist, obwohl die Vorschrift nach dem Wortlaut ihres Absatzes 1 eine Kündigung „auf Grund des § 626 oder des § 627“ BGB voraussetzt, aber auch dann entsprechend anzuwenden, wenn das Arbeitsverhältnis durch ordentliche Kündigung oder durch Aufhebungsvertrag beendet wird³⁸, wobei es nicht notwendig ist, daß sich der öffentliche Arbeitgeber seine diesbezüglichen Ansprüche bei der Kündigung³⁹ oder bei Abschluß des Aufhebungsvertrages⁴⁰ vorbehält. Das sog. Auflösungsver schulden des Arbeitnehmers muß allerdings immer so schwerwiegend sein, daß es für sich genommen einen wichtigen Grund im Sinne des § 626 Abs. 1 BGB bilden würde⁴¹. Auch ohne Kündigung steht dem öffentlichen Arbeitgeber freilich ein Schadensersatzanspruch wegen positiver Vertragsverletzung⁴² (§§ 280, 186, 325, 326 BGB analog⁴³) zu⁴⁴, während der pauschalierte Schadensersatzanspruch nach § 125b GewO⁴⁵ entfallen dürfte, nachdem die Rechtsprechung⁴⁶ diese Vorschrift als verfassungswidrig eingestuft hat⁴⁷. Schadensersatzansprüche entfallen freilich auch im öffentlichen Dienst ganz, soweit beiden Arbeitsvertragsparteien ein Recht zur außerordentlichen Kündigung zusteht⁴⁸.

Ersetzen muß der vertragsbrüchige Arbeitnehmer sämtliche Schäden, die durch seinen Arbeitsvertragsbruch entstanden sind. Da auch die tatsächliche Feststellung im einzelnen oftmals schwierig sein wird⁴⁹, zählen hierzu — der Umfang dieses Schadensersatzanspruchs bemißt sich nach Maßgabe der §§ 249 ff. BGB — u. a. der entgangene Gewinn (§ 252 BGB) und die Kosten einer Ersatzkraft, ferner eventuelle Überstundenzuschläge für andere Mitarbeiter sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Kosten für die Suche eines Nachfolgers⁵⁰. Die Schadensersatzpflicht des Arbeitnehmers endet jedenfalls erst zu dem Zeitpunkt, zu dem er das Arbeitsverhältnis hätte beenden können⁵¹. Nicht abgeschnitten ist ihm selbstverständlich der Einwand des Mitverschuldens des öffentlichen Arbeitgebers (§ 254 BGB), und zwar weder zum Grund noch zur Höhe eines geltend gemachten Schadensersatzanspruchs⁵². — Eine wichtige Ausnahme gilt allerdings für Berufsausbildungsverhältnisse. Insoweit sieht § 16 Abs. 1 Satz 1 BBiG⁵³ zwar für den Fall vorzeitiger Auflösung nach der Probezeit vor, daß „der Auszubildende oder der Auszubildende Ersatz des Schadens verlangen (kann), wenn der andere den Grund für die Auflösung zu vertreten hat“. Nach Absatz 2 dieser Vorschrift erlischt der Anspruch jedoch, „wenn er nicht innerhalb von drei Monaten nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses geltend gemacht wird“. Daneben löst die vorzeitige Auflösung von Berufsausbildungsverhältnissen durch den Auszubildenden grundsätzlich keine Schadensersatzansprüche des öffentlichen Arbeitgebers aus⁵⁴.

III. Die Beteiligung der Beschäftigtenvertretung

Will der öffentliche Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis eines vertragsbrüchigen Arbeitnehmers außerordentlich kündigen, so hat er nach Maßgabe des § 79 Abs. 3 BPersVG⁵⁵ bzw. des § 102 Abs. 1 BetrVG⁵⁶ zuvor die Beschäftigtenvertretung anzuhören und die beabsichtigte Maßnahme zu begründen, während jene ihre eventuellen Bedenken unter Angabe der Gründe „unverzüglich, spätestens (jedoch) innerhalb von drei (Arbeits-)Tagen; schriftlich mitzuteilen“ hat (§§ 79 Abs. 3 Satz 3 BPersVG, 102 Abs. 2 Satz 3 BetrVG)⁵⁷.

Beabsichtigt der öffentliche Arbeitgeber, einen Beschäftigten auf Schadensersatz in Anspruch zu nehmen, so hat der Personalrat

nach § 76 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 BPersVG dabei mitzubestimmen. Da dieses Mitbestimmungsrecht davon abhängt, daß der Ersatzpflichtige, also der vertragsbrüchige Arbeitnehmer, einen Antrag auf entsprechende Beteiligung der Personalvertretung stellt, muß der öffentliche Arbeitgeber die beabsichtigte Maßnahme, d. h. die Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs im Wege der Klage, des Mahnbescheids oder der Aufrechnung, dem davon Betroffenen rechtzeitig zur Kenntnis bringen⁵⁸; dabei sollte die Ankündigung den Hinweis enthalten, daß die Beteiligung des Personalrats beantragt werden könne⁵⁹. Unterbleibt eine solche Unterrichtung, kann der Schadens-

satzanspruch nicht durchgesetzt werden. — Während die Personalvertretungsgesetze der Länder in aller Regel vergleichbare Regelungen enthalten⁶⁰, enthält das Betriebsverfassungsgesetz keine solche Vorschrift.

- ¹⁾ Vgl. dazu Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch, 6. Aufl. 1987, § 45 m. w. Nachw.
- ²⁾ BAG v. 17. 8. 1970 — 3 AZR 324/69 = BAGE 22, 401 = AP Nr. 3 zu § 11 MuSchG 1968 m. Anm. Fenn = ARSt. 1971, 5 = AuR 1970, 283; 1971, 61, 92 (Hessel) = BB 1970, 1481 = BStSozArbR 1971, 64 = DB 1970, 2226 = JR 1971, 498 = MDR 1971, 79 = NJW 1971, 111 = RdA 1970, 381 = SAE 1972, 46 (Adomeit).
- ³⁾ Vgl. nur Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 I und II m. w. Nachw.; ausf. von Stebut, RdA 1985, 66 ff.
- ⁴⁾ Kopp, in: Spiegelhalter (Hrsg.), Arbeitsrechtslexikon, Stand: Sept. 1990 Stichwort 62; vgl. auch Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 I.
- ⁵⁾ Zur sog. Kündigung vor Dienstantritt vgl. in diesem Zusammenhang jüngstens Berger-Delhey, DB 1989, 380 f.
- ⁶⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 II 2.
- ⁷⁾ Hönsch/Natzel, Handbuch des Fachanwalts — Arbeitsrecht, 1989, C 57; ebenso Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 II 2; zum eine außerordentliche Eigenkündigung einwendenden Arbeitnehmer vgl. BAG v. 13. 7. 1972 — 2 AZR 364/71 = BAGE 24, 355 = AP Nr. 4 zu § 276 BGB Vertragsbruch m. Anm. Schlosser = AuR 1973, 56, 57 = BStSozArbR 1972, 379, 380 = DB 1972, 2310 = JR 1974, 327 = JZ 1973, 58 = MDR 1973, 169 = RdA 1972, 390 = SAE 1973, 84 (Mes).
- ⁸⁾ Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. 8. 1896 (RGBl., 195), zuletzt geändert durch Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige — Betreuungsgesetz (BtG) — vom 12. 9. 1990 (BGBl. I, 2002).
- ⁹⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 II 3.
- ¹⁰⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III.
- ¹¹⁾ St. Rspr. seit BAG v. 15. 9. 1954 — 1 AZR 154/54 = BAGE 1, 80 = AP Nr. 2 zu § 66 BetrVG m. Anm. A. Hueck = AuR 1956, 204 (Prasse); 1957, 42 (Günther) = BB 1954, 870 970 (Böttcher); 1955, 737 (Klug); 1958, 47 (Rappenecker) = DB 1954, 803 = DRiZ 1975, 98, 209 (Simons) = NJW 1954, 1863; 1955, 569 (Güntner) = RdA 1954, 400; und v. 15. 9. 1954 — 1 AZR 258/54 = BAGE 1, 69 = AP Nr. 1 zu § 66 BetrVG m. Anm. A. Hueck = AuR 1956, 204 (Prasse); 1957, 42 (Güntner); 1957, 70 (Freg) = BBl. 1955, 170 (Fitting) = BB 1954, 871, 970 (Böttcher) = DB 1954, 803; 1955, 70 (Hildeg. Krüger); 1956, 1108 (Nikisch); 1958, 543 (Schröder) = DRiZ 1957, 98, 209 (Simons) = JZ 1954, 759 (Herschel) = MDR 1956, 257 (Zeuner) = NJW 1954, 1702; 1955, 1053 (Hildeg. Krüger) = RdA 1954, 400; 1962, 382 (Böttcher) = SAE 1955, 26 (Bohn).
- ¹²⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III.
- ¹³⁾ Allg. dazu Lufft, RdA 1962, 262 ff.; Schaub, DB 1966, 1187 ff.; vgl. auch ders., Arbeitsrechtliche Formularsammlung und Arbeitsgerichtsverfahren, 5. Aufl. 1990, § 103 III 2.
- ¹⁴⁾ BAG v. 2. 12. 1965 — 2 AZR 91/65 = BAGE 18, 8 = AP Nr. 27 zu § 620 BGB Befristeter Arbeitsvertrag m. Anm. A. Hueck = AuR 1966, 57, 156 = BA Bl. 1966, 688 (Schwedes) = BB 1966, 162 (Trinkner) = BStSozArbR 1966, 94 = DB 1966, 195 = JR 1967, 372 = MDR 1966, 362 = NJW 1966, 849 = RdA 1966, 80 = SAE 1966, 101 (Kraft); speziell zur einstweiligen Verfügung vgl. Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 45 VII 2 m. w. Nachw.; ferner Wenzel, DB 1966, 2024 ff.
- ¹⁵⁾ Zivilprozeßordnung v. 30. 1. 1877 (RGBl., 83), auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung der Rechts einheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts v. 12. 9. 1950 (BGBl., 455) in der Fassung der Bekanntmachung v. 12. 9. 1950 (BGBl., 533), zuletzt

geändert durch Gesetz über die Umwelthaftung vom 10. 12. 1990 (BGBl. I, 2634).

- ¹⁶⁾ Dazu Wolf, JZ 1963, 434 ff.
- ¹⁷⁾ Arbeitsgerichtsgesetz v. 3. 9. 1953 (BGBl. I, 1267) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. 7. 1979 (BGBl. I, 853, ber. 1036), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes und anderer arbeitsrechtlicher Vorschriften — Arbeitsgerichtsgesetz-Änderungsgesetz — vom 26. 6. 1990 (BGBl. I, 1206).
- ¹⁸⁾ LAG Frankfurt am Main NJW 1961, 2132; zur Fristberechnung vgl. BAG v. 5. 6. 1985 — 4 AZR 533/83 = BAGE 48, 390 = AP Nr. 67 zu § 1 Tarifverträge: Bau = EzA Nr. 30 zu § 4 TVG Bauindustrie = ARSt. 1986, 144, 175; 1987, 14 = AuR 1985, 260, 261 = BStSozArbR 1985, 343, 344 = RdA 1985, 320 = SAE 1986, 36.
- ¹⁹⁾ BAG v. 17. 8. 1970 — 3 AZR 23/69, a. a. O. (Fn. 2).
- ²⁰⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III 2.
- ²¹⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III 2 m. w. Nachw. in Fn. 11.
- ²²⁾ §§ 630 BGB, 73 HGB, 130 Abs. 1 u. 2 GewO.
- ²³⁾ § 6 Abs. 2 BUrIG.
- ²⁴⁾ § 133 AFG.
- ²⁵⁾ § 518 RVO.
- ²⁶⁾ Bundeskindergeldgesetz v. 14. 6. 1964 (BGBl. I, 265) in der Fassung der Bekanntmachung v. 30. 1. 1990 (BGBl. I, 149), zuletzt geändert durch Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands — Einigungsvertrag — vom 31. 8. 1990 (BGBl. II, 885).
- ²⁷⁾ §§ 1401 Abs. 2 RVO, 123 Abs. 2 AVG.
- ²⁸⁾ § 39 EStG.
- ²⁹⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 149 I 2.
- ³⁰⁾ Nach ganz h. M. über die gesetzlich geregelten Fälle — §§ 39b, 41 b EStG, 1416 RVO, 138, 181 AVG — hinaus allg. Rechtsgrundsatz, vgl. nur Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 149 I 5 m. w. Nachw. in Fn. 7.
- ³¹⁾ LAG Frankfurt am Main v. 1. 3. 1984 — 10 Sa 858/83 = DB 1984, 2200.
- ³²⁾ Bundesangestellten-Tarifvertrag v. 23. 2. 1961.
- ³³⁾ Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes v. 27. 2. 1964.
- ³⁴⁾ Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder v. 27. 2. 1964.
- ³⁵⁾ Bundesmanteltarifvertrag der Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe v. 31. 1. 1962.
- ³⁶⁾ Daß die Vorschriften der für den öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge eigene Vorschriften für das Recht der außerordentlichen Kündigung enthalten, ist unproblematisch, da sie nahezu wörtlich und in den entscheidenden rechtlichen Passagen sogar völlig mit der unabhängigen gesetzlichen Regelung des § 626 BGB (zur Frist vgl. ebenda Abs. 2) übereinstimmen, so daß die gesetzlichen Voraussetzungen gleichsam automatisch zur Anwendung gelangen, vgl. BAG v. 20. 4. 1977 — 4 AZR 778/75 = AP Nr. 1 zu § 54 BAT m. Anm. Zängl = EzA Nr. 55 zu § 626 BGB n. F. = AuR 1978, 92 = BB 1977, 1400 = DB 1977, 1856 = PersV 1979, 32 = RdA 1977, 324 = RiA 1978, 57; und v. 26. 3. 1981 — 2 AZN 10/80 = BAGE 35, 185 = AP Nr. 17 zu § 72a ArbGG 1979 Grundsatz = EzA Nr. 29 zu § 72a ArbGG 1979 = ARSt. 1983, 31 = AuR 1981, 221 = BB 1981, 1221 = BStSozArbR 1981, 251 = DB 1981, 2084 = MDR 1981, 788 = RdA 1981, 264 = SAE 1981, 221.
- ³⁷⁾ Kopp, a. a. O. (Fn. 4), Stichwort 62.
- ³⁸⁾ Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III 5c.
- ³⁹⁾ LAG Düsseldorf v. 29. 8. 1972 — 8 Sa 310/72 = EzA Nr. 4 zu § 628 BGB = DB 1972, 1879.
- ⁴⁰⁾ BAG v. 10. 5. 1971 — 3 AZR 126/70 = AP Nr. 6 zu § 628 BGB m. Anm. Canaris = EzA Nr. 1 zu § 628 BGB = AuR 1972, 185 = BB 1971, 1196, 1197 = BStSozArbR 1971, 320, 329 = DB 1971, 1819,

- 1820 = JR 1973, 500 = NJW 1971, 2092 = RdA 1971, 318 = SAE 1972, 165 (Bernert) = WM 1971, 1521.
- 41) So — zum freien Dienstvertrag — BGH v. 8. 10. 1981 — III ZR 190/79 = LM Nr. 63 zu § 611 BGB = NJW 1982, 437; vgl. im übrigen Fn. 36.
- 42) Vgl. zu diesem Rechtsinstitut nur Heinrichs, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 48. Aufl. 1989, § 276 Rn. 7; ausf. Köpcke, Typen der positiven Vertragsverletzung, 1965; Schönemann, JuS 1987, 1 ff.; Stoll, AcP 136, 256 ff.; und — grundlegend — Staub, Die positiven Vertragsverletzungen, 1904 (2. Aufl. 1913).
- 43) So BGHZ 11, 80, 83.
- 44) Kopp, a. a. O. (Fn. 4), Stichwort 62.
- 45) Gewerbeordnung v. 1. 1. 1978 (BGBl. I, 97) in der Fassung der Bekanntmachung v. 1. 1. 1987 (BGBl. I, 425), zuletzt geändert durch Drittes Rechtsbereinigungsgesetz vom 28. 6. 1990 (BGBl. I, 1221).
- 46) BAG v. 11. 4. 1984 — 7 AZR 199/84 = BAGE 45, 323 = AP Nr. 4 zu § 124b GewO = ARSt. 1985, 5 = AuR 1984, 311 = BB 1984, 1940 = BStSozArbR 1985, 23 = DB 1984, 2199 = JZ 1984, 952 = NJW 1985, 354 = NZA 1984, 228 = RdA 1984, 320 = SAE 1984, 354.
- 47) Kopp, a. a. O. (Fn. 4), Stichwort 62; vgl. auch Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III 6.
- 48) BAG v. 26. 3. 1981 — 3 AZR 485/78 = BAGE 35, 179 = AP Nr. 7 zu § 276 BGB Vertragsbruch m. Anm. Beitzke = EzA Nr. 14 zu § 249 BGB = ARSt. 1981, 171 = AuR 1981, 252 = BB 1981, 1898 = BStSozArbR 1981, 323 = DB 1981, 1832 = MDR 1981, 964 = NJW 1981, 2430 = RdA 1981, 403 = WM 1982, 192.
- 49) Kopp, a. a. O. (Fn. 4), Stichwort 62.
- 50) Vgl. im einzelnen Schaub, a. a. O. (Fn. 1), § 51 III 5d, und — insbesondere zu den Inseratskosten in Zeitungen — BAG v. 26. 3. 1981 — 3 AZR 485/78, a. a. O. (Fn. 48), ausdrücklich gegen BAG v. 18. 12. 1969 — 2 AZR 80/69 = AP Nr. 3 zu § 276 BGB Vertragsbruch m. Anm. Medicus = ARSt. 1970, 104 = AuR 1970, 87, 380; 1971, 157 (Herschel) = BB 1970, 578 = BStSozArbR 1970, 207 = DB 1970, 884, 1487 (Kittner) = JuS 1970, 411 = NJW 1970, 1469; 1971, 549 (Wissmann) = RdA 1970, 159 = SAE 1970, 254 (Beitzke); vgl. ferner auch Wolf, in: Becker/Etzel/Friedrich/Gröninger/Hillebrecht/Rost/Weigand/Weller/M. Wolf/I. Wolff, KR — Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungrechtlichen Vorschriften, 3. Aufl. 1989, Grds. Rnrrn. 161 ff.
- 51) BAG v. 26. 3. 1981 — 3 AZR 485/78, a. a. O. (Fn. 48).
- 52) Kopp, a. a. O. (Fn. 4), Stichwort 62.
- 53) Berufsbildungsgesetz v. 14. 8. 1969 (BGBl. I, 1112), zuletzt geändert durch Gesetz v. 23. 12. 1981 (BGBl. I, 1692).
- 54) LAG Düsseldorf v. 26. 6. 1984 — 8 Sa 617/84 = DB 1985, 180 = NZA 1985, 95.
- 55) Bundespersonalvertretungsgesetz v. 15. 3. 1974 (BGBl. I, 593), zuletzt geändert durch Fünftes Gesetz zur Änderungsbesoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. 5. 1990 (BGBl. I, 967).
- 56) Betriebsverfassungsgesetz v. 15. 1. 1972 (BGBl. I, 13) in der Fassung der Bekanntmachung v. 23. 12. 1988 (BGBl. I 1989, 1, ber. 902).
- 57) Die Personalvertretungsgesetze der Länder enthalten ähnliche Vorschriften.
- 58) Dietz/Richardi, Bundespersonalvertretungsgesetz, 2. Aufl., § 76 Rn. 161; Fischer/Coeres, Bundespersonalvertretungsgesetz, GKÖD Bd. V, K § 76 Rn. 53.
- 59) OVG Nordrhein-Westfalen v. 18. 11. 1982 — 1 A 1211/80 = ZBR 1983, 239.
- 60) Vgl. z. B. § 79 Abs. 3 Nr. 2 LPVG Bad-Württ., Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 BayPVG und § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 11 LPVG NRW.